

Liebhauser fordert Rückkehr zu bürgernaher Politik

DÖBELN. Eine Rückkehr zu „ehrlicher und bürgernaher Politik“ fordert der sächsische CDU-Landtagsabgeordnete Sven Liebhauser (CDU) aus Döbeln angesichts des für die CDU verheerenden Landtagswahlergebnisse aus Mecklenburg-Vorpommern. „Wir müssen ein Jahr vor der Bundestagswahl 2017 das Ergebnis als das auffassen, was es ist: Ein deutliches Warnsignal, dass uns die Wähler mit dem Stimmzettel gegeben haben. Es soll zeigen, dass es angesichts der Probleme in unserem Land ein 'Weiter so' nicht geben kann, sondern dass wir die Anliegen und Wünsche der Bürger ernst nehmen müssen. Ein Kurswechsel, insbesondere in der Flüchtlingspolitik, ist dringend geboten.“

Gerade angesichts des Wahlergebnisses im nordöstlichen Bundesland sei es falsch, dass in Medien und Politik sofort reflexartig wieder in „demokratische Parteien“ und „Rechtspopulisten“ unterschieden werde, so der Landtagsabgeordnete. „Damit wird die Spaltung unserer Gesellschaft nur weiter zementiert und dies dürfen wir nicht zulassen.“ Es sei vielmehr notwendig, den Menschen, die ihre Stimme für Protest nutzen, genau zuzuhören und auf ihre Sorgen einzugehen, findet Liebhauser. Wenn aktuelle Analysen zeigten, dass ein Großteil dieser Protestwähler zumeist Positionen vertreten, die denen der CDU in Sachsen oder der CSU entsprechen, dann müssten die innerparteilichen Debatten im Vorfeld der Bundestagswahl stärker befördert werden.

„Dazu gehört, dass man gerade ein Jahr nach dem Beginn der Flüchtlingskrise auch die Größe hat, einstige Fehler offen einzugestehen. Die CDU muss, damit sie weiterhin für die Menschen attraktiv ist, auch nach Krisen wie der verlorenen Wahl in Mecklenburg-Vorpommern die Partei der Mitte und die Partei der breiten Strömungen sein, in der es keine Diskussionsverbote geben darf“, so Sven Liebhauser abschließend.